

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt
mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erstklassig:
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährlich M. 1.35
monatlich 45 Pf.
Bei allen Wärdl. Postanstalten
und Boten im Orts- u. Nachbarn-
ortsbereich vierteljährlich M. 1.35,
ausserhalb desselben M. 1.35,
hierauf Bestellgeld 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verkundigungsblatt
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,
Enzklosterle u.
während der Saison mit
amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg.
Auswärtige 10 Pfg., die Klein-
spaltige Garmondzeile.
Reklamen 15 Pfg. die
Zeile.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabatt.
Fremdenliste
nach Uebereinkunft.
Telegraphen-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 70.

Donnerstag, den 25. März

1909.

Konservativer Sozialismus.

Nicht die Sozialdemokraten machen jetzt den Sozialismus, sondern ihre konservativen Gegner führen ihn herbei, und zwar ohne es zu wollen, einem dunklen Drange folgend, der in den Dingen selber liegt. Die Sozialdemokratie hat dabei nur die Aufgabe, die Rechte der Einzelpersonen gegenüber diesem kommenden Sozialismus zu verteidigen, und wird dadurch ganz von selbst an die Seite des Liberalismus gedrängt. Das ist längst unsere Ansicht, und wir haben sie schon öfters ausgesprochen (zuletzt in dem Aufsatz „Das Schicksal des Marxismus“). Wenn wir aber heute auf diese allgemeine Säge zurückkommen, so geschieht es, weil der Verlauf der Reichsfinanzreform in den letzten Zeiten neue Belege zu dieser unserer Ansicht bietet.

Die ganze Finanzreform hat einen staatssozialistischen Zug. Das trifft sowohl die direkten wie die indirekten Steuern, denn in beiden Fällen mischt sich die Regierung noch viel tiefer in Privatverhältnisse ein als bisher. Alles muß vor ihr offen liegen: unser Geldschrank, unser Hauptbuch, unser Elektrizitätsverbrauch, unser Tabak, Bier, Branntwein, unser Keller und unser letzter Wille; was davon gehört denn noch uns? Bei jedem Bissen, den wir essen, will der Staat mitessen, aus jeder Flasche will er mittrinken. Er umgibt uns unsichtbar mit seinem Schutz und mit seinem Bedarf. Das Reich allein forderte bisher pro Kopf etwa 43 M. und will in Zukunft etwa 60 M. fordern. In jeder Woche von jedem Kopf etwas über eine Mark! Dazu kommt das, was Einzelstaat und Gemeinde verlangen. Man wird nicht übertreiben, wenn man künftig im ganzen pro Kopf 100 M. im Jahre ansetzt. Der nun für vier Köpfe zu sorgen hat, der zahlt im Durchschnitt 400 M. So sehr ist schon Staatsleben und Einzelleben ineinander verflochten. Es ist wahrscheinlich richtig, wenn gesagt wird: „Zwei Monate im Jahr arbeiten wir für den Staat.“ Kein einzelner kann es genau berechnen, aber im Durchschnitt mag es zutreffen. Und niemand glaubt, daß der Staat die Menschen je wieder frei geben wird. Er wird sie noch fester umarmen und ihnen sagen: die große Staatswirtschaft ist die eigentliche Wirtschaft, und das, was ihr eure Privatwirtschaft nennt, ist nur Nebenbetrieb des einen Zentralsystems. Ihr müßt euch daran finden, daß die Zeit des schönen Einzelens vorbei ist — Es liegt die Gesellschaftsklasse über die Privatkasse, die öffentliche

Kontrolle über die Privatwirtschaft. Mache deine Hände auf und zeige, was du darin hast, denn nichts gehört dir allein!

Diese Entwicklung ist in erster Linie eine Folge des Militarismus, denn von allem Staatsbedarf ist der militärische bei weitem der erste. Gerade der Militarismus drängt zum Staatssozialismus. Wenn wir heute unsere Heere auf die Hälfte vermindern könnten, würden wir keine neuen Eingriffe des Staates in das Privatleben zu fürchten haben. Es liegt viel Fronte in diesem merkwürdigen Zusammenhange der Dinge: Während der Sozialdemokrat gegen das Heer protestiert, verlangt er das, was er als sein Ideal hinstellt, die Sozialisierung der Gesellschaft; der Konservative aber, der mit dem Kriegsruf gegen das rote Gespenst für neue Militärvorlagen scheidet, ist ein Begehrter des Staates, der sich in alles einmischt.

Auch die Reichsschulden sind eine Art von Sozialismus, wenigstens eine sehr unerfreuliche. Auf den Kopf kommen etwa 75 M. Reichsschulden, für deren Deckung pro Kopf etwa 2,60 M. gezahlt werden. Diese Schuld ist schon da, wenn unsere Kinder geboren werden, und wird voraussichtlich noch da sein, wenn sie sterben. Es gibt kein Mittel, sich von dieser Gesamtlastbarkeit loszulassen. Was früher als Dienstbarkeit, Hörigkeit oder Rentenpflichtigkeit gegenüber einzelnen Gutsbesitzern vorhanden war, kehrt in der modernen Welt wieder als Haftbarkeit gegenüber der Gesamtheit. Und je verschuldeter eine Gesamtheit ist, desto sozialistischer muß sie werden. Könnten wir alle Reichsschulden mit einem Ruck abbezahlen, Kopf für Kopf sein Teil, so würden wir alle sehr viel freier sein!

Da nun aber der Militarismus wächst und die Schulden drücken, so muß das Privatleben angefaßt werden. Das „heilige Eigentum“ brüllt, wenigstens soweit es agrarisch ist, weil es sozialisiert werden soll. Das Brüllen ist deshalb so lächerlich, weil vorläufig nur kleine Prozente weggenommen werden sollen, aber im Kern der Sache wissen die Agrarier, was sie wollen. Sie wollen die Art von Sozialismus nicht, nach welchem der Staat als Anverwandter jedes vermögenden Bürgers angesehen werden soll. Vor dieser Verwandtschaft graut ihnen, ihnen, den Hütern des Patriotismus und Militarismus, denn diese Verwandtschaft gleicht der Verwandtschaft mit einem hungrigen Vetter, der schon immer daraufhin blickt, daß sein wohlgeborener Herr Verwandter bald einmal sterben soll. Es wird aber nichts helfen: diese Staatsverwandtschaft kommt doch!

Während aber die Konservativen sich gegen den Sozialismus der Kapitalbesteuerung (der teilweise kleinen Expropriation) mit Händen und Füßen wehren, so verfallen sie infolge der Finanznot des Reichs in andre sozialistische Verjuche. Und hiermit gelangen wir zum interessantesten Punkte der gegenwärtigen Entwicklung. Um aber diesen Teil unserer Erörterungen verständlich zu machen, müssen wir um etwa 30 Jahre in der deutschen Geschichte zurückgehen. Als im Februar 1878 die erste große Debatte über den Bismarckschen Entwurf des Tabakmonopols stattfand, begab sich etwas weit Wichtigeres, als die meisten Teilnehmer jener Debatte ahnten oder gar wußten. Sie sprachen und stimmten meist aus allgemeiner Abneigung gegen den Monopolgedanken oder aus Rücksicht auf Tabakindustrielle und Wählerkreise. Daß durch ihre Ablehnung eine Periode der Hochschulzöllnerei herbeigeführt oder wenigstens sehr beschleunigt wurde, war den meisten nicht klar. Es stand aber schon damals so: wenn das Reich nicht zu direkten, kapitalistischen Steuern übergehen wollte, so mußte es entweder Monopolpolitik treiben oder Zollpolitik. Es schob also zunächst die Monopolpolitik beiseite und wendete sich zur Zollpolitik. Zollpolitik aber besteht darin, daß sich die Regierung mit gewissen Interessentengruppen verbindet, um mit ihnen gemeinsam die Bevölkerung zu besteuern. Es wird zwischen Regierung und Interessenten ein Schutz- und Trugbündnis geschlossen: wir benutzen die politische Macht zur Preiserhöhung und richten es so ein, daß die Regierung die Auslandseinfuhr mit Beschlag belegt, die Interessenten aber die Inlandsproduktion. Dieses System schien dem Finanzminister eine sehr heitere und leichte Zukunft zu versprechen. Immer, wenn er in Not sein wird, wird er sich eine neue Interessentengruppe suchen, mit der er sich verbündet. Die Interessenten werden von selber kommen und sich ihm anbieten, man wird ihm Geld geradezu aufdrängen mit dem Rufe nach staatlichem Schutz. Beide Teile dachten dabei zunächst nur an den unmittelbaren Vorteil und nicht an spätere Folgen. Das Reich bekam wachsende Einnahmen und würde damit sehr gut haben leben und arbeiten können, wenn es nicht vom Bundesrate aus regiert worden wäre, d. h. von den Einzelstaaten, die den neuen Geldstrom benutzten, um ihre Walfahrtsverpflichtungen abzuhaken. Die Zölle wurden zur Grundlage von Heeresvermehrungen, die bei anderer Finanzanordnung von den Einzelstaaten niemals bewilligt worden wären. Je höher aber die Zölle stiegen und über je mehr Erwerbsgebiete

Der ist am glücklichsten, er sei ein König oder ein Geringer, dem in seinem Hause Wohl bereitet ist. J. Wolff. Goethe.

Opfer der Dürre.

Von Elise von Schermann.

(Fortsetzung.)

„Es war ein dicker Mann dagewesen. Er brachte keine Uhr und meinte, ob nicht zwei Herren, die er suchte, hier nacheinander eingetreten seien.“ Ich zeigte ihm die Uhren ohne Zeiger, mit Marken versehen, und sagte, sie beide seien längst fort, ob es etwas auf sich habe und ich vielleicht Grund hätte, anzunehmen, daß es Juwelendiebe gewesen? Da klopfte er mir auf die Schulter und meinte, „ich sei doch wohl ein unschuldiges Huhn!“ Er ließ aber die ganz „gesunde“ Uhr da, um wiederzukommen, hihi! Mit trennberzigstem Blick begleite ich ihn hinaus. Es ist aber — er führte sie wieder in das Lokal — „keine Kleinigkeit, freis auf dem qui vive zu sein. So eine Polizeiaufsicht wie in Darmstadt ist überhaupt nicht mehr auszuhalten. Sobald wir unseren Zweck erreicht haben, breche ich meine Felle ab und, wo es auch sei, — ich diene gern der Sache, nur nicht mehr hier in Darmstadt.“

„Wenn man den hiesigen Polizeirat doch ungeschädlich machen könnte! Dagmar, wie oft gelang es Ihnen schon, jemand einzufangen! Versuchen Sie doch auch hier Ihr Heil!“

„Unmöglich!“ rief Dagmar. „Dem ist nicht beizukommen! Wist ihr noch, wie ich den Polizeirat in D. einfiel und ihm nicht nur die feinsten Geheimnisse entlockte, sondern ihm auch noch beim Souper im Wintergarten 1000 Rubel abnahm? Dann betäubte ich ihn mit meinem neuesten „Parfüm“ und ließ ihn allein im Saporée sitzen, so daß er am nächsten Morgen nicht wußte, was mit ihm geschehen war! —

Aber das war in Russland! Hier wäre es nicht möglich. Gott, diese deutschen Beamten, die sind leider unbestechlich. Ich kam neulich von Heidelberg und fragte ganz harmlos einen einfachen Bahnbeamten, ob der Jar ankäme und auf welchem Gleise? Man gab mir keinen Bescheid, trotzdem ich ihm ein Trinkgeld bot. Der Kerl lächelte noch abweisend, nichts erfuhr ich. Dabei sah ich so vornehm und elegant aus, als sei ich eine Vergnügungsreisende.“

Nachdem sich nun inzwischen alle versammelt hatten, schloß Goch den Laden und Vordereingang, drehte in demselben das Licht aus und trat mit in den Lagerraum. Die neun Personen verteilten sich auf fünf Kisten. Der Präsident sah oben an.

Nachdem alles verlesen, besprochen, und die neue Parole ausgegeben, sagte Fürst A.: „Also Dagmar, Sie werden dabei die Rolle der durch den Anblick der Menschenmenge bedrückten, nervös gewordenen Dame spielen und ohnmächtig werden. Während nun alles teils auf die hohen Herrschaften, teils auf Sie blicken wird, soll einer von uns jenseits stehen und das Projektul werfen oder schießen. Das muß so pflöcklich kommen und so schnell gehen, und der Täter muß selbst stark den Empörern spielen! Losen wollen wir nicht, sondern wählen. Wen?“

Die drei Anonymen riefen: „Serge Gontcharoff“. Dagmar stimmte: „Serge“ auch Dimitri und Michael nannten „Serge“.

Goch zuckte lächelnd mit den Schultern: „Serge Gontcharoff, ich bitte, wer wäre wohl von uns geeigneter!“

„Alsdann“, rief der Erwählte, „danke ich euch und werde mich bemühen, euer Vertrauen zu rechtfertigen. Wir müssen jeden Tag uns unauffällig und verteilt — nie beisammen — in die Menge mischen, damit die Schutz- und Truppteile, die Geheimpolizisten, sich an unsere Wisagen gewöhnen. Ich bin in Darmstadt also „Baron Kerrwin“, wie Sie, Gospodin, Goch sind. Erst wenn der letzte Tag des Aufenthaltes des von uns Beurteilten erscheint, dürfen wir das Wagnis begit-

nen — dann aber muß alles klappen. Goch muß in meiner Nähe sein. Dimitri, du mußt die Unwissenden Stephan und Nadia drüben halten, damit ich ungehindert bin. Ich werde siegen, eine innere Stimme sagt es mir!“ Serges Augen leuchteten fanatisch. „Ich bin zu Großen ausersehen, ich befreie Russland. Nach dem Gelingen oder Mißlingen, meine Freunde, verschwinden wir sämtlich gleich von Darmstadt, ab von diversen Bahnhöfen, ohne Gepäck. Auch du, Dimitri, mußt deine Sachen opfern. In Besev bei Kousniegow ist dann Liebesmahl, und hier heut! Abschied. Goch sendet sowieso jetzt alles nach Genf, und somit schwören wir nun unseren Eid!“

Alle erhoben sich: „L. E. F. . . .“ Der Fürst A. betete laut um Gelingen der Sache. Serge trat vor ihn, beugte sein Knie und küßte die Hand des schönen, weißhäutigen Alten, der ihm ein Heiligenbild gab: „Meinen Segen dir, du Aufopfernder, Tapferer! Gott schütze das russische Volk!“

Fürst A. legte Serge die Hand aufs Haupt und bekruschte sich und ihn. Dann erhob sich Serge.

Nun zog der Fürst sein Portefeuille: „Jeder erhält hier seinen Anteil zur Reise, 1000 Mark in Gold!“

Gierig streckten sich alle Hände — mit Ausnahme der Serges — nach dem Mammon aus; auch Dagmars brillanten-glühendes Händchen nahm den Sündenlohn in Empfang.

„Und nun lebt wohl! In Besev auf Wiedersehen! So, — oder so, und wenn einer von uns dort fehlt, ihn sein Geschick ereile, wir werden seinen Namen in unseren Herzen tragen, und in unserer Chronik soll er ein Held sein!“

Fürst A. verbeugte sich und drückte Serge die Hand, der bleich und mit der Haltung eines Königs darauf und einzeln von allen Dank und Segenswünsche in Empfang nahm.

Man entfernte sich in Intervallen von wenigen Minuten mit den Worten: „Spa konja noitsch!“

(Fortsetzung folgt.)

sie sich ausdehnten, desto mehr würde der Vorteil des Finanzministers zweifelhaft, denn seine Ausgaben wüchsen allseitig durch erhöhte Preise ins Unabsehbare. Die Reichskasse verblutete sich an den hohen Preisen ihrer Ausgaben für Heeresernährung, Heeresbekleidung, Schiffsbau, Bewaffnung usw. Heute ist das System der Zölle an seinem Ende angelangt. Zwar die Interessenten können noch weiter fordern, aber finanziell kommt für das Reich bei den Erhöhungen nichts mehr heraus. Was aber auf diese Weise geschaffen ist, ist wiederum ein merkwürdiges Stück Sozialismus, nämlich die Abhängigkeit aller Bodenpreise vom Staatsgesetz, vom Willen der Gesamtheit. Der Staat ist Mitwirtschafter bei allen durch Zölle geschützten Produktionen. Er ist Kompagnon der Getreideproduzenten, Eisenproduzenten usw. Ob er mehr von ihnen beherrscht wird oder mehr von sich aus sie leitet, kann zweifelhaft sein, jedenfalls lebt kein Geschäftszweig der Zollperiode, ohne täglich vom Staate erhalten zu werden.

Das ist natürlich nicht der Sozialismus, den die Sozialdemokratie verflucht hat. Keineswegs! Es ist der Sozialismus der Besitzer, ein konservativer Staatssozialismus. Dieser also befindet sich jetzt am Ende seiner ersten Periode. Manche Beurteiler glauben, er sei schon überhaupt am Ende. Das ist aber nicht der Fall. Gerade die Verhandlungen über die indirekten Steuern beweisen das Gegenteil. Jetzt kommt der Monopolgedanke wieder, und zwar sucht er sich eine neue Form, die nicht Monopol genannt werden wird, aber doch im Grunde monopolistisch ist. Der Staat spricht zum Branntwein und zum Bier: wir wollen uns verständigen, so daß wir beide gewinnen. Die Verständigung ist ähnlich wie bei den Zöllen, nur daß jetzt nicht die Auslandskonkurrenz abgehalten werden soll, sondern die Inlandskonkurrenz. Für den Preis, daß der Staat ihnen jede weitere Konkurrenz vom Leibe hält, sind die betreffenden Industrien bereit, ihm jährlich je 100 Millionen zu zahlen. Umsonst wollen sie es nicht tun. Der Staat überantwortet (kontingentiert) einer gewissen Zahl von Leuten den Branntwein- oder Biervertrieb in seinem Bereiche. Dafür leisten sie jährlich die Kosten für drei Armeekorps oder etwas ähnliches. Das ist die modernste, geschäftlich durchführbarste Form des Staatssozialismus. Wenn diese Form einmal fertig durchprobiert worden ist, dann wird sie ungeahnter Erweiterungen fähig sein, denn welche Industrie, die sich nicht von selbst schon kartellieren kann, ist nicht sofort bereit, eine namhafte Kartellierungsprämie zu zahlen, sobald sie sicher ist, daß kein Unterbieten ihrer Preise in Zukunft mehr möglich ist? Schon heute kann man es von den verschiedensten Fabrikationszweigen hören, daß sie gern besteuert werden wollen, sobald ihnen „Kontingente gewährleistet“ werden.

Das Ende davon aber ist ein Staat, der alle Preise macht, der die „Regelung der Produktion“ in die Hand nimmt. Nur er selbst wird auch in diesem Falle nicht froh dabei werden, ebensowenig wie bei den Zöllen, denn nun wird alles nochmals wieder viel teurer werden. Das ist nämlich der Kern des konservativen Staatssozialismus. Raumann in der Heilbr. Ztg.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 23. März.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 2 1/4 Uhr. Am Bundesratsisch ist Kriegsminister von Sinein erschienen. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung des

Militäretats

bei Titel Artillerie- und Waffenwesen.

Abg. Will-Strasbourg (Ztr.): In Strasbourg sowohl wie in Spandau sind in erheblichem Maße Arbeiterentlassungen vorgenommen worden. Die Militärverwaltung sollte auch in Zeiten, in denen eine volle Beschäftigung ihrer Arbeiter nicht möglich ist, diese halten, und nicht ohne Not das Heer der Arbeitslosen vermehren. Wir fordern, daß die Arbeiterzahl wieder auf die alte Höhe gebracht wird. Über könnte die Zahl der den Werkstätten vorstehenden Beamten und Offiziere beschränkt werden. Die Strasbourg Werkstättenarbeiter wünschen, daß eine Pensionskasse für sie errichtet wird, wie sie bereits für die Eisenbahnarbeiter eingerichtet ist. Sehr zu beklagen ist auch die Schikanierung der alten französisch sprechenden Arbeiter. Übung größerer Rücksicht würde erheblich zur Berufung und zur Germanisierung der Reichslände beitragen.

Abg. Becker-Köln (Ztr.) wünscht, daß in den Militärbetrieben auf die Familiendäter Rücksicht genommen werde.

Oberst Wandel: Ich kann nicht zugeben, daß die Militärverwaltung bei den Arbeiterentlassungen oder in der Fürsorge für ihre Arbeiter sich hätte von Sparmaßregeln leiten lassen; im Gegenteil, wir haben uns bemüht, die uns zur Verfügung stehenden Mittel zum Besten der Arbeiter zu verwenden und ihre Bezüge zu verbessern. In den Akkord- und Zeitzöhlen ist eine erhebliche Erhöhung eingetreten. 98 Prozent haben mehr als 1800 M an Stücklohn bezogen. Auch sonst sind aus dem Unterstützungsfonds Aufwendungen gemacht worden. Natürlich müssen in der Zeit vermindeter Arbeitsgelegenheit Arbeiter entlassen oder in anderen Betrieben untergebracht werden. In den Geschützfabriken ist eine Verminderung per Arbeiter vorgenommen worden, doch sind 700 Arbeiter in anderen Betrieben untergebracht worden.

Generalmajor v. Lochow: Die Klagen über die Benachteiligung lothringischer Arbeiter sind Gegenstand der Untersuchung gewesen. Es hat sich herausgestellt, daß es sich nicht um französisch sprechende Arbeiter gehandelt hat.

Abg. Böhle (Soz.): Bei Submissionen sollte die Militärverwaltung besonders vorsichtig sein und sich nicht dazu hergeben, die Löhne zu drücken. Wie steht es mit der Befugung, daß die in Submission vergebenen Arbeiten in

eigenen Werkstätten ausgeführt werden müssen. Redner bringt noch weitere Beschwerden vor über unwürdige Behandlung von Feuerwerkern und Raumschiffen. Die gefühligen Feiertage dürften den Arbeitern bei ihren Löhnen nicht in Abzug gebracht werden. Menschewürdige Behandlung und anständige Bezahlung sollte den Militärwerkstättenarbeitern in erster Linie zu teil werden.

Oberst Wandel: Daß wir eine menschenwürdige Behandlung den Arbeitern nicht angehehen lassen, ist nicht bewiesen. Durch derartige Vorwürfe der Sozialdemokratie werden wir uns jedoch nicht in unserem Arbeiterwohlwollen beirren lassen. Eine Vorschrift besteht allerdings, daß die Arbeit von den Unternehmern nicht weiter gegeben werden darf. Die Veranziehung von Zwischenmeistern ist verboten. Eine willkürliche Festsetzung der Ortslöhne findet nicht statt. Sie werden vielmehr erst nach sorgfältiger Prüfung bestimmt. Daß die Arbeiterausschüsse vielfach ihre Wünsche durchgesetzt haben, kann mit gutem Gewissen behauptet werden. Die Arbeiterausschüsse werden in ihren Rechten in keiner Weise beschränkt.

Abg. Arning (nl.) bringt Beschwerden vor bezüglich der Zustände in den Artilleriewerkstätten zu Lippstadt.

Abg. Zubeil (Soz.): Die Arbeiterausschüsse sind trotz der Ausführungen des Oberst Wandel nicht zeitgemäß. Die Geldstrafe muß bei den geringen Löhnen befreit werden.

Nach weiterer unerheblicher Debatte erfolgt die Abstimmung über die Resolution betr. Vereinfachung und Verbilligung des Artilleriedepotwesens. Bei der großen Unruhe im Hause wird die Fragestellung vielfach überhört.

Vizepräsident Kämpf erklärt, daß die Resolution abgelehnt sei. (Große Unruhe und Widerspruch.)

Eine weitere Resolution auf Errichtung einer Pensionskasse für die in der Militärverwaltung beschäftigten Arbeiter wird angenommen, und der Rest der fortdauernden Ausgaben ohne weitere Debatte bewilligt. — Beim Titel Ersatzbauten und Beschaffungen aller Art für Köln, infolge Aufgabe der Umwallung, bemängelt Abg. Trimborn (Ztr.), daß der Fiskus sich sträubt, die in Köln eingeführte Wertzuwachssteuer zu zahlen. Der Redner wünscht auch Rücksicht auf die architektonisch wertvollen Bauwerke.

Kriegsminister v. Sinein sagt diese Rücksicht zu. Unterstaatssekretär Tzwele betont, die Reichsregierung vertrete nicht den Standpunkt, daß der Fiskus zur Zahlung dieser Steuer verpflichtet ist.

Der Rest der Ausgaben und die Einnahmen werden bewilligt. Damit ist der Militäretat erledigt. Der Titel: Bervollständigung des Eisenbahnnetzes im Interesse der Landesverteidigung passiert ohne Debatte.

Rundschau.

Zu den Kontrollversammlungen.

Eine interessante Entscheidung, die mit dem bei Kontrollversammlungen üblichen Hinweis auf die Militärgerichtsbarkeit in Widerspruch steht, hat das Kriegsgericht in Würzburg getroffen. Es hat sich nämlich für unzuständig erklärt in einer Anklage, die einen Reservisten betraf, der am Tage der Kontrollversammlung eine Gesetzesverletzung begangen hatte, da dieser nicht mehr unter der Militärgerichtsbarkeit stehe. Ähnlich hat nunmehr auch das Oberkriegsgericht in Hannover entschieden. In der Urteilsbegründung führte das Oberkriegsgericht aus:

Der Gerichtshof hat feststellen müssen, daß eine gesetzliche Handhabe, durch die sich der militärische Gerichtsstand vielleicht noch rechtfertigen ließe, nicht vorhanden sei. Für die aktive Dienstzeit und die Reservistenübungen erübrigen ja gesetzliche Bestimmungen, wonach die Mannschaften während der gesetzlichen Dienstzeit oder während einer Reservewebung einschließlich des vollen Entlassungstages unter dem Militärrecht stehen. Dagegen fehle jede derartige Bestimmung für die sich zu den Kontrollversammlungen stellenden Mannschaften, die naturgemäß doch nur für die Dauer der tatsächlichen dienstlichen Verbindungen dem Militärrecht unterstehen können. Eine anders lautende Absicht würde der Gesetzgeber ohne Zweifel genau fixiert haben. Dies sei aber nicht geschehen und es sei daher nicht anzunehmen, wegen einer so kurzen dienstlichen Inanspruchnahme die große Zahl der Beurlaubten für einen vollen Tag der ordentlichen Gerichtsbarkeit zu entziehen.

Zur Frage der Einführung von Schiffahrtsabgaben.

erfährt eine Berliner Korrespondenz aus Bundesratskreisen, es sei jetzt als sicher anzunehmen, daß der preussische Antrag auf Einführung von Schiffahrtsabgaben auf den natürlichen Wasserstraßen im Bundesrat eine Mehrheit finden werde. Wenn auch einzelne Bundesstaaten, wie Sachsen und Baden, ihre Stimmen gegen die preussische Vorlage abgeben würden, so würden doch die Gegner nicht die zur Ablehnung erforderlichen 14 Stimmen aufbringen können, so daß die Durchbringung der Vorlage gesichert erscheine.

Um das Branntweinmonopol.

Die Finanzkommission des Reichstages trat in die Beratung des von der Subkommission eingebrachten Branntweinsteuerentwurfes ein. Der Reichsschatzsekretär erklärte, daß die verbündeten Regierungen nach wie vor dem Monopol den Vorzug gäben, da dessen Nichterfüllung die unerwünschte Beibehaltung der Liebesgaben bedeute. Trotzdem sei er bereit, auch bei der Ausgestaltung des neuen Entwurfes mitanzuwirken und halte eine Verständigung auf dieser Grundlage nicht für unmöglich. — In der Debatte, die sich zunächst mit der Regelung des Kontingentes befaßte, wozu drei Abänderungsvorschläge vorliegen, wurde von verschiedenen Seiten die Notwendigkeit des Schutzes der süddeutschen Brenner be-

tont. Die Bundesratsvollmächtigten Bayerns, Württembergs und Badens erklärten den neuen Entwurf für unannehmbar und stellten sich auf den Boden der Monopolvorlage. Von freisinniger Seite wurde das Wiederaufheben des Monopolgedankens bekämpft, während von konservativer und nationalliberaler Seite der Sympathie für die Regierungsvorlage Ausdruck gegeben wurde.

Oesterreich-Serbien.

In Wiener wohlinformierten Kreisen gab man gestern nach dem „Berl. Lok.-Anz.“ folgende Darstellung der Lage: Ueber Formeln, Vermittlungsvorschläge u. sind wir heute hinaus; das ist alles überwunden und vorbei. Wir müssen darauf bestehen, klare Verhältnisse zu schaffen und ganz bestimmte Garantien zu erhalten, daß Serbien auf seine Ansprüche verzichtet. Wir müssen die definitive Sicherheit haben, daß der Friede auf Jahre hinaus garantiert ist. Die Friedensvorschläge der Mächte sind alle gescheitert; selbst die letzten Versuche, die mit allen Kräften eine Niederlage Rußlands abwenden möchten. Auch Frankreich gibt sich umsonst Mühe, im Interesse des Friedens zu wirken. Wir sehen nur Gewehr bei Fuß und warten, was Serbiens gestrenger Herr Iswolski noch vollbringt. Er weigert sich auch, zu erklären, welche Haltung Rußland auf einer Konferenz einnehmen würde. Ein bedingungsloses Durchgehen der Konferenz hält er für einen Triumph, während England und Frankreich lediglich bestrebt sind, den Krieg abzuwenden. Es hat aber jetzt schon den Anschein, als sei Rußland das Vorschlagen nicht weniger wünschenswert als Oesterreich, das mit großer Zuversicht der Entwicklung zusieht und sich mit großem Vertrauen auf seinen großen Verbündeten verläßt. Die auf die äußerste Spitze getriebene Situation kann nicht länger als einige Tage dauern. Auf jeden Fall muß zum Monatsende Klarheit geschaffen werden. In 8 Tagen dürften wir schon genau wissen, was man zu tun hat. Es ist ausgeschlossen, daß wir uns diesmal mit einer anderen als einer rüchhaltigen Antwort begnügen. Jedes ausweichende Wort, mit dem wir uns zufrieden geben, versezt uns in einigen Jahren wieder in die gleiche Situation, nur sehen wir dann nicht einem geschwächten und ohnmächtigen Rußland gegenüber. Ein Bund der im vollen Sinne des Wortes muß sich ereignen, wenn der Krieg uns erspart bleiben soll.

„Bogradskoe Novine“ schildert die Situation, in der sich Serbien befindet, wie folgt: Wir sind schwach und klein; wir können dem Willen der ganzen Welt nicht Trotz bieten, deshalb müssen wir uns dem Rate der Großmächte fügen. In Serbien wird heute mit großer Ungeduld die Intervention der Großmächte erwartet, damit dieselbe der österreichischen Note zuvorkomme und Serbien Demütigungen von Oesterreich nicht ausgeht. In einem ehrenhaften Rückzug scheint man hier ganz bereit zu sein und hofft zuversichtlich, aus dem Konflikt ohne Krieg herauszukommen.

Tages-Chronik.

Pforzheim, 24. März. Der hiesige Schneiderstreik hat nur einen Tag gedauert. Die Arbeiter haben die Bedingungen der Arbeitgeber angenommen.

Berlin, 23. März. Der Staatsanzeiger veröffentlicht die Verleibung des Charakters als Wirkl. Geh. Rat mit dem Prädikat Excellenz an den Ministerialdirektor der Geislichen-, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten Wirkl. Geh.-Oberregierungsrat Schwarzkopf.

Frankfurt a. M., 23. März. Die Vorlage über die Eingemeindung der 11 Gemeindefeldteile von Frankfurt a. M. wurde heute in der Sitzung der Stadtverordneten einstimmig angenommen.

Paris, 23. März. Die Beamten des Haupttelegraphenamts haben die Arbeit um 2 Uhr nachmittags wieder aufgenommen.

Konstantinopel, 23. März. Wie verlautet, hat die türkische Regierung ihren Gesandten in Belgrad die Weisung erteilt, der serbischen Regierung den Rat zu geben, die österreichisch-ungarischen Vorschläge anzunehmen. Bei der hiesigen serbischen Gesandtschaft sind Nachrichten eingelaufen, die eine friedliche Lösung der Krise erhoffen lassen. Auch in amtlichen türkischen Kreisen hofft man seit gestern auf eine friedliche Beilegung der Streitfrage.

Saloniki, 23. März. Zwei Stunden von Dibre entfernt fand ein Kampf türkischer Truppen mit dem Albanenschen Mis Tschaka statt, wobei ein Leutnant und 11 Mann verwundet und vier Mann getötet wurden. Der Kampf mit den Aufständern dauert fort. Die Truppen ziehen Verstärkungen heran.

Newport, 12. März. Die Fahrt des früheren Präsidenten Roosevelt von Bisterbay nach Hoboken, von wo Roosevelt seine Afrika-reise antrat, glich einem Triumphzuge. In Hoboken war feierlicher Empfang; Musikkapellen spielten die „Wacht am Rhein“ und die „Sternenbannerhymne“. Auf der „Samburg“ bewohnt Roosevelt die Kaiserlabinen, welche mit Bildern des Kaisers, der Kaiserin und des Präsidenten Taft geschmückt sind.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 23. März.

Zweite Kammer.

Die Kammer der Abgeordneten hat heute Nachmittag ihre Arbeiten wieder aufgenommen. Der Einlauf enthält eine größere Anzahl von Gesetzentwürfen und Regierungsentwürfen, welche teils den zuständigen Kommissionen überwiesen, teils zurückgewiesen wurden bis zur Entscheidung über ihre weitere geschäftliche Behandlung. Dierauf folgte die Beratung der zahlreichen Petitionen, wobei das Haus sich durchweg den Kommissionsanträgen angeschlossen. Präsident v. Stieker, ergriff einigemal das Wort, um bei Petitionen von Eisenbahnunterbeamten den Sachverhalt zu erläutern. Hierauf war die Tagesordnung erledigt. Die nächste Sitzung findet Mittwoch Vormittag 9 Uhr statt mit der Tagesordnung Justizetat.



In der Ersten Kammer kam man bei Beratung der Bauordnung bis zu Art. 29. Zunächst wurde der Abs. 8 des Art. 25 behandelt, für den die Kommission folgende Fassung vorschlägt: „Für Gebäude, die ganz oder vorwiegend zum Wohnen dienen (Wohngebäude) wird in allen Fällen die größte zulässige Höhe auf 20 Mr. und bei Wohnhäusern einschl. des Dachs (Stirnhöhe) auf 28 Mr. festgesetzt. Diefem Antrag wurde nach kurzer Erörterung, an der sich Oberbaurat Mörike, Freiherr von Böllwarth und der Minister beteiligten, zugestimmt. Ebenso dem Abs. 9 des Art. 25. Als Art. 25 a hat die Kommission eine Bestimmung vorgeschlagen, wonach die Höhe der Hintergebäude, die nach Art. 25 oder nach Vorschrift der Ortsbauordnung an der Straße zulässige, größte Höhe der zugehörigen Vordergebäude in der Regel nicht überschreiten darf. Nach einem Art. 25 b. bleibt es der Ortsbauordnung vorbehalten, hinsichtlich der zulässigen Höhe und Stockwerkhöhe weitergehende Beschränkungen festzusetzen. Auch diese Ergänzungsartikel fanden die Zustimmung des Hauses. In rascher Folge wurden dann die Art. 26 bis 28, welche die Aborteinrichtungen etc. betreffen, in der Kommissionsfassung genehmigt. Bei Art. 29 wies der Berichterstatter Oberbaurat Mörike darauf hin, daß dies einer der wichtigsten Artikel sei, da er die bedeutende Frage der Bebauungswichtigkeit regle. An der längeren Erörterung, die an den erschöpfenden Bericht des Oberbaurats Mörike sich angeschlossen, beteiligten sich Mithberichterstattler Geh. Rat von Geyl und Minister von Fischel. Letzterer betonte, daß in der Zweiten Kammer die Flächenregel in das Gesetz aufgenommen worden sei, aber nur für Grundstücke, auf denen Wohngebäude errichtet werden. Er halte es für zweckmäßiger, die Flächenregel dem Ortsbaustatut zu überlassen. Eine allgemeine Flächenregel, deren Einführung Oberbaurat Mörike für wünschenswert hält, sei nicht zweckdienlich und bedeute vielmehr eine Raumverschwendung. Hierauf wurde abgetreten.

Am 25. März. (Mittwoch) findet keine Sitzung statt. Auch während der Karwoche werden die Beratungen ausgesetzt. Nach dem vorliegenden reichen Gesetzmateriale zu schließen, dauert die Tagung des Landtags bis in den August hinein.

Aus Württemberg.

Dienstauchrichten.

Auf d. 8. Fortschritt-Gewinnung wurde Oberländer Gärner in Oberdorf sein Amt nach dem 1. April. Die Wahl des Schlichtungsausschusses nach dem 1. April in Württemberg. Die Wahl des Schlichtungsausschusses nach dem 1. April in Württemberg. Die Wahl des Schlichtungsausschusses nach dem 1. April in Württemberg.

Zur Lage der württembergischen Industrie.

Eine Denkschrift des württ. Industrieverbandes, die für die Beurteilung unserer württembergischen Wirtschaftsentwicklung von hohem Interesse ist, ist soeben im Druck erschienen. Nach starkem Aufschwung trat in der zweiten Hälfte des Jahres 1907 eine heftige Krise in Handel und Industrie ein, die bis heute noch ungeschwächt anhält und auch unser engeres Vaterland schwer betroffen hat. Württemberg hat lebhaften Anteil genommen, an dem in den letzten Jahrzehnten allgemein fortgeschrittenen Wohlstand, dies aber in erster Linie, weil es in besonderem Grade mit der Industrialisierung gelang, seiner Bevölkerung lohnende Beschäftigung zu schaffen. Hat sich doch in der Zeit von 1882 bis 1907 die Zahl der in seinen Gewerbebetrieben beschäftigten Personen von 288 000 auf 519 000 erhöht, während sich in noch viel kürzerer Zeit (1895—1904) das Sparlaffensgut ebenfalls fast verdoppelt, die Lebenshaltung stetig verbessert hat. Diese erfreuliche Entwicklung verdankt unser engeres Vaterland nicht etwa einer besonders glücklichen Gestaltung äußerer Verhältnisse, sondern hauptsächlich einer besonders glücklichen Veranlagung unseres Volkes. Die verarbeitende, verfeinernde Industrie leidet aber heutzutage durch die von den Rohstoffpreisen erzielten Verteuerung aller Rohprodukte, vor allem Eisen und Kohle; Württemberg aber pflegt gerade diese Verfeinerungsindustrie und leidet in seinem Wohlergehen mit ihr. Diese Tatsachen sind in fortwährendem Maße die Sorge der Weiterbildenden gewesen. Württemberg hat mit dem übrigen deutschen Vaterlande die bedeutende Verteuerung der Lebensmittelpreise, die durch die Finanzlage des Reichs drohende Belastung durch viele weitere Steuern, die Lasten der Sozialgesetzgebung zu tragen; aber es kommen für seine Industrie noch besondere nachteilige Umstände hinzu. Hierher gehört die Koffizialität des Transports der für unsere fast durchweg verarbeitende Industrie weither zu holende Rohstoffe, daß die einst billigen Arbeitslöhne jetzt viel höheren gewichen sind und daß damit, so erheblich diese Tatsache an und für sich ist, mit ihrem Fortschreiten der Bestand der heimischen Industrie erschwert, ihre fernere Entfaltung stark unterbunden wird.

Mit dem neuen Handelsverträgen hat die deutsche Wirtschaftspolitik einen besonders für unsere Verfeinerungs- und Exportindustrie bedenklichen Kurs eingeschlagen. Das zeigt sich in erster Linie auch bei der Verteuerung der Lebensmittel, denn in Ländern ohne große hohe Agrarzölle gelten durchschnittlich zur Zeit für Vieh $\frac{1}{4}$, die Hauptgetreidearten nur etwa $\frac{1}{3}$ bis $\frac{1}{2}$ der deutschen Preise. Die in Deutschland im Erntejahr 1906 verfügbare Menge an Getreide stand um rund 1 Milliarde über dem Weltmarktpreis, dazu kommt noch der ungeheure Mehrbetrag für das teure Vieh. Im Jahresdurchschnitt 1907 bezahlte man für den Dtr. Schlachtgewicht mittlerer Ochsen in Berlin 146,6, in Stuttgart 147, dagegen in Kopenhagen nur 103,7 Mr. Das mag die beabsichtigte Folge unserer Zollpolitik für die Landwirtschaft sein; umso ernster aber muß daran gemahnt werden, welche Gefahren für das Wirtschafts-ganze eine so enorme Mehrbelastung des Konsums in sich schließt. Daß bei uns in Württemberg diese Ver-

teuerungen voll zur Geltung kommen, dafür liefert die Statistik unzweifelhafte Belege.

Von einschneidender Bedeutung aber ist auch die Verteuerung der Rohstoffe, Halbfabrikate und Kohlen, wozu die Handelskammer Stuttgart in ihrem neuesten Jahresbericht sehr zutreffend bemerkt: „Der Mehrzahl der Rohprodukte- und Halbfabrikate-Syndikate und Kartelle kann nicht der Vorwurf eripart werden, daß sie in zu einseitiger Wahrung ihrer Interessen die mit steigenden Schwierigkeiten kämpfende deutsche Industrie nicht genügend unterstützt und damit das Gesamtinteresse des deutschen Wirtschaftslebens nicht hinreichend gewahrt hat. In keinem der vorangegangenen Jahre mußte sich dies naturgemäß schädigender erweisen als gerade jetzt, da die genannten Syndikate durch die Macht ihrer Organisation die Preise für die unentbehrlichen Roh- und Hilfsprodukte und Halbfabrikate selbst noch zu einer Zeit hochliegen, in der Fabrikpreise bereits für eine große Reihe von Industriezweigen unter dem Eindruck der preisdrückenden hochgespannten Wirtschaftslage wichen. Durch ihre Preispolitik erschwerten sie die Stellung vieler Industriezweige. Ganz ähnlich ist es mit den Kohlen, deren in den letzten Jahren herrschenden Verteuerung in ganz Deutschland, besonders in Württemberg, eine tiefgehende Verstimmung, um nicht zu sagen Verbitterung hervorgerufen hat. Zu der Verteuerung der industriellen Bezüge, zu der Erschwerung des Exports kommt im Inland die immer weiterschreitende Besteuerung der Industrie. Die Industrie verkennt keineswegs, daß eine großzügige Ordnung unseres Finanzwesens dringender geboten erscheint, sie protestiert aber energisch dagegen, daß sie auch künftig zu Gunsten der Landwirtschaft belastet werden soll. Durch die gegenwärtigen Steuerpläne würde wiederum, die süddeutsche, schwerer als die norddeutsche Industrie betroffen, besonders wenn die Elektrizität- und Gassteuer zur Durchführung käme. Der Vorschlag einer Kohlensteuer klingt gar wie bittere Ironie in einem Augenblick, in dem die angestrengtesten Bemühungen der gesamten württembergischen Industrie darauf abzielen, billigere Kohlen zu bekommen.

Von allergrößter Bedeutung für die Weiterentwicklung der württembergischen Industrie werden aber auch eine Reihe von Maßnahmen auf dem Gebiet der Verkehrs- und Wasserwege sein. Es sollte darum der baldigen Erstellung eines Wasserweges bis ins Herz des Landes die lebhafteste Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die Abdrängung der beiden größten süddeutschen Staaten vom Weltverkehr durch die Gebietsverteilung im Jahr 1815 hat damals schon für ihre Souveräne den Gegenstand lebhaftester Beschwerde gebildet. Die Fragen, ob der Neckarканал auch rentabel sein wird, bedarf hier keiner ausführlichen Behandlung.

Mit folgenden beachtenswerten Worten schließt die Denkschrift: Nicht aus grämlichen Pessimismus, sondern in erster Sorge um die wirtschaftliche Zukunft Württembergs haben wir uns die Darlegung der schwierigen Verhältnisse gestattet, unter denen zur Zeit speziell die württ. Industrie arbeitet. Dem ersten Willen zur Behebung der Schwierigkeiten fehlen Mittel und Wege nicht. Aber Recht und Pflicht der Industriellen ist es, ernsthaft an die Beschleunigung wirksamer Maßnahmen zu mahnen. Noch geht unser Wirtschaftsleben äußerlich seinen ruhigen Gang. Aber nichts wäre gefährlicher als Stillstand, dem unabweislich ein schwerer Niedergang folgen müßte.

Zur Ulmer Wahl hatte der „Beobachter“ eine Betrachtung angestellt, in der er auf die Zurückziehung der sozialdemokratischen Kandidatur als einzige Möglichkeit der Linken das Mandat zu erhalten hingewiesen hatte. Dazu bemerkt nun die „Schw. Tagw.“: „Die Volkspartei stellt also an die stärkere Sozialdemokratie das Ansinnen, ihren Kandidaten zurückzuziehen und den volksparteilichen Kandidaten zu unterstützen. Ob unsere Ulmer Parteigenossen, denen natürlich bei der Entscheidung über ihre Taktik das erste Wort gebührt, sich mit diesem Ansinnen beschäftigen wollen, steht bei ihnen.“ — Das klingt nicht mehr wie eine Ablehnung.

Verstaatlichung der höheren Lehranstalten. Die Regierung hat der Zweiten Kammer eine Denkschrift über die Frage der Verstaatlichung der Gymnasien, Realschulen und Realschulen vorgelegt. Es handelt sich dabei um 182 Anstalten. Die Regierung erklärt in der Denkschrift, daß sie sich zu der bisher von keinem größeren deutschen Staate verführten Uebernahme der ganzen Unterhaltungskosten auf die Staatskasse nicht entschließen könne. Eine derartige Belastung der Staatskasse wäre bei der gegenwärtigen Finanzlage ausgeschlossen. Auch vermöge sich die Regierung nicht davon zu überzeugen, daß in der bestehenden Organisation ein Hindernis für eine zeitgemäße Weiterentwicklung der höheren Schulen gelegen wäre. Die Regierung behält sich vor, zu geeigneter Zeit für eine anderweitige gesetzliche Regelung des höheren Schulwesens Vorschläge zu machen.

Neue Gesetze. Dem Präsidium der Zweiten Kammer sind zugegangen: der Entwurf eines Gesetzes, betreffend weitere Änderungen des Beamtengesetzes vom 28. Juni 1876; der Entwurf eines Gesetzes, betreffend Abänderung des Gesetzes vom 8. August 1903 über die Besteuerungsrechte der Gemeinden und Amtskörperschaften; der Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Reservefonds der Staatseisenbahnen.

Stuttgart, 23. März. Der 35. Kongress für innere Mission wird in Stuttgart vom 4.—7. Oktober d. J. tagen.

Stuttgart, 23. März. Die Vorteile der Organisation haben sich neuerdings auch bei der auf häusliche Rechnung erfolgten Lieferung von Lebensmitteln erwiesen. Da bei früheren Bezügen die kleinen Viehhändler meist ganz leer ausgingen, haben sich dieselben unlängst zusammengeschlossen und als „Bereinigende Buchbindereien mit Ladengeschäft von Groß-Stuttgart“ (16 Geschäftsinhaber) an der Vergebung beteiligt, nachdem auf eine vorausgegangene Interpellation des stellvertretenden Bürgerausschuhobmanns Dr. Wölz hin

Oberbürgermeister v. Gauß eine Berücksichtigung dieser kleineren Geschäftsleute in Aussicht gestellt hatte. Bei den jetzt erfolgten Bezügen haben diese Vereinigten Buchbindereien Aufträge von über 10 000 Mark erhalten; auch die vereinigten 11 Sortimentbuchhandlungen haben bei den Bezügen gut abgeschrieben. Im ganzen konnten bei den Submissionen 33 Lieferanten berücksichtigt werden.

Stuttgart, 23. März. Zur Donauversickerungsfrage. Professor Dr. Endrich wird den württ. Landtagsabgeordneten am Mittwoch den 31. ds. Mts. im Vortragssaal des Landesgewerbemuseums über die Frage der Donauversickerung einen Vortrag mit Lichtbildern halten, an den sich eine Erörterung anschließen soll.

Schweningen, 23. März. Der Vorstand der Württ. Fachschule für Feinmechanik, Uhrmacherei, und Elektrotechnik Professor Dr. Göpel hat einen Ruf an die kaiserliche physikalisch-technische Reichsanstalt in Berlin angenommen.

Vom Reichsluftschiff.

Friedrichshafen, 23. März. Ueber die Fernfahrt des Z 1 nach München steht der Termin noch nicht endgültig fest. Es hängt in erster Linie vom Wetter ab, wird aber jedenfalls in den nächsten Tagen, wenn nicht schon morgen eintreten.

Nah und Fern.

In Hengstfeld O. A. Gerabronn fiel ein 3-jähriges Mädchen, das einzige Kind der Familie Ebert, in den hochangeschwellenen Weidenbach. Ein zirka sechs-jähriger Knabe zog es heraus, aber das Mädchen geriet nochmals in das gefährliche Element und der Knabe brachte es wieder aufs Trockene. Bis er aber helfende Erwachsene herbeibrachte, war das Mädchen gestorben. Die Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg.

Der Darlehenskassenverein in Rottenburg hat am Montag im Anzeigenteil des Rottenburger Anzeigers bekannt gegeben, daß der bisherige Kassier Kaufmann Reinhard Schnell von seinem Posten zurückgetreten und die Kassensührung auf den Kaufmann Franz Josef Stemmler übergegangen sei. Diese Bekanntmachung gab Grund zu allerlei Gerüchten über Unstimmigkeiten in der Darlehenskasse. Die Kasse ist noch am Montag von den Behörden beschlagnahmt worden und Dienstag vormittag fand man den Kaufmann Schnell tot in seinem Baumgut vor. Er hatte Selbstmord verübt. Wie weit die Unregelmäßigkeiten gehen, ist noch nicht festgestellt.

In Rupertsheim (Ehingen a. D.), ist der Kassier der Darlehenskasse unter Zurücklassung eines Defizits von 15 000 M. geflohen.

Ein verheirateter Landwirt von Bernloch kaufte in Ehingen Heu auf und ließ das Spannseil des hochgeladenen Wagens anziehen, als das Seil brach und der Mann vom Wagen herabgeschleudert wurde. Er fiel direkt auf den Kopf und blieb blutüberströmt und in bewußtlosem Zustande auf der Straße, denn er hatte neben äußeren anscheinend auch lebensgefährliche innere Verletzungen erlitten.

Ein gefährlicher Rettungsapparat.

Ein Angestellter in einer Bijouteriefabrik in Pforzheim, Karl Leibbrand, hat einen Apparat zur Rettung von Personen aus brennenden Häusern erfunden, der hauptsächlich aus einer Abrolltrommel und einem Drahtseil mit Steigbügel besteht. Das Drahtseil wird am Hause aufgehängt. Als er nun Mittwoch nachmittag im Hofe des Rathauses mit dem Rettungsapparat eine öffentliche Probe ablegen wollte, nahm Leibbrand noch einen Mann auf die Schulter, als er sich, im Steigbügel stehend, an dem Seil herabließ. Dabei ließ er aber den betreffenden, den 19-jährigen Mechanikerlehrling Wiehra los, sodas dieser etwa zehn Meter hoch auf den asphaltierten Rathaushof stürzte, das Bein brach und sich an der Hüfte schwer verletzte, sodas er ins Spital gebracht werden mußte. Leibbrand selbst war ebenfalls in Gefahr, da er das Drahtseil losgelassen hatte. Er blieb in schrecklicher Situation mit dem Fuße im Bügel am Drahtseil freischwebend hängen, wurde aber durch sofortige Hilfe in ein Fenster gezogen und gerettet.

Ein dunkles Verbrechen.

In der Dachstube eines Hauses der Via Fratini in Rom hat man einen Koffer mit der bereits in Verwesung übergegangenem Leiche eines anscheinend etwa 30-jährigen, elegant schwarz gekleideten, blonden Mannes von starker Figur gefunden. Die Besitzerin des Hauses erklärte, am 25. Februar habe ein Mann von 45 Jahren namens Tarassoff oder Romanoff das Zimmer gemietet. Am 26. habe er den Koffer gekauft und am 27. gesagt, er erwarte zwei Freunde und werde am andern Tage abreisen. Abends seien die zwei Freunde, und zwar einzeln, gekommen. Später habe man den Mieter mit einem der beiden Herren das Haus verlassen sehen. Die Leiche zeigt keine Verletzungen. Es scheint, daß das Opfer mit Chloroform oder Schwefeläther betäubt und lebend in den Koffer eingeschlossen worden ist. Man glaubt an einen politischen Mord.

Kunst und Wissenschaft.

Den Südpol erreicht?

„Ball Ball Gazette“ will erfahren haben, daß in London eine Meldung eingegangen sei, derzufolge es der englischen Südpolarexpedition unter Leutnant Shackleton gelungen sei, den Südpol zu erreichen. — „Evening News“, die als Abendausgabe der „Daily Mail“ erscheint und das alleinige Recht erworben hat, den Bericht den Leutnants Shackleton, des Führers der englischen Südpolarexpedition zu veröffentlichen, meldet aus authentischer Quelle, Leutnant Shackleton habe sich dem Südpol auf ungefähr 100 Meilen genähert.

